

Bild von Alexandra_Koch auf Pixabay

Schule "ist das Letzte, was wir schließen, und das Erste, was wir öffnen!" (Söder) - ein Zwischenruf

von Frank Bernhardt

Schule zu, Schule auf, dazu "Homeschooling" mit vielen Mängeln im Verbund mit Präsenzunterricht, die Pandemie sorgt für ein ständiges Wechselbad, das den Kolleg_innen allerhand an Mehrarbeit aufbürdet. "Kein "Weiter so wie bisher" fordert die GEW in der Erziehung & Wissenschaft (04/2021, S. 6 ff.). Denn die "Krise" eröffne nach ihrer Beendigung die "Chance", Schule "neu zu denken". Den Schulen droht ein "Verteilungskampf um Ressourcen" mit anderen Haushaltsposten, so die E & W. Da liegt die Vermutung nahe, dass auf die Beschäftigten weitere Belastungen zukommen. Für die GEW heißt dies, sich "massiv einzumischen". Im Hinblick auf die Kolleg_innen wäre das mehr als dringlich, wenn "strukturelle Veränderung" meint, die verschleißenden Arbeitsbedingungen anzugreifen und Mittel und Wege zu ersinnen, wie das erreicht werden kann. Dazu eine brandaktuelle Meldung aus den Koalitionsverhandlungen von Grünen und CDU in Baden-Württemberg: Die AG Bildung hat

sich auf ca. 3.000 neue Lehrerstellen geeinigt. Ministerpräsident Kretschmann erklärte am Dienstag, es können "nur sehr wenige neuen Stellen geschaffen werden" (news4teachers.de 29.4.). Was tun, GEW?

Keine Frage, dass die Wirtschaft weiterhin erste Priorität hat. Auch klar, die Schule ist kein Wirtschaftsbetrieb. Im Marxschen Sinne sind die Kosten im Verhältnis zur gewinnbasierten Ökonomie nur "faux frais", tote Kosten, also Ausgaben, die "auf das unentbehrliche Minimum reduziert werden (müssen)" (MEW 26, 273). Die Politik hat seit der Forderung nach "Verschlankung des Staates" vor Jahrzehnten auch in den Schulen zum Leidwesen der Beschäftigten jede Menge Einsparungspotential durchgesetzt. Auf die Karte der 'Ultima Ratio' wollte die Gewerkschaft jedoch nicht setzen. Auch wenn die GEW sich als "bildungspolitischer Profi" anbietet, ist zu empfehlen, die Rolle der Schule und der dazugehörigen Gesellschaft, in der jede/r auf den Gelderwerb mit sehr disparaten Resultaten verpflichtet ist, mal etwas näher zu beleuchten. Dies ist ein Beitrag dazu, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Das Virus

Vor mehr als einem Jahr tauchte SARS CoV 2 in China auf. Die kapitalträchtigen Pharmariesen erwarten ein Geschäft in schwindelnden Höhen, beginnen nach der erfolgten Entschlüsselung des Erregers mit der Impfstoffentwicklung, wohl wissend, dass er sich in Windeseile über die globalisierte Welt ausbreiten wird. Und dieses Mal beschränkt es sich nicht auf die Elendsregionen. Jetzt winkt zahlungsfähige Nachfrage aus den Metropolen in dem Geschäft mit der Gesundheit, was bei Ebola u.a. Infektionskrankheiten nicht der Fall war. Dieses Handeln entblättert den schönen Schein der Gesundheit als das hohe Gut der Menschen.

Erstes Kriterium für die Entwicklung eines Impfstoffs oder Medikaments: der Aufwand muss sich schon lohnen, das eingesetzte Geld sich vermehren, sonst läuft nichts. Ein "`marktgängiger' Kassenschlager" (GSP 4-20, 83) muss das Ergebnis sein. So stecken die potenten Staaten

Milliarden in die Entwicklung, die Konkurrenz unter den Firmen wird z. T. durch Kooperation mit Startups, siehe BionTech und Pfizer aufgehoben. Doch eine Aufkündigung dieser Zusammenarbeit von Pfizer ließ nicht lange auf sich warten, der Pharmariese will ohne BionTech noch viel reicher werden. Das Virus mutiert und die Impfstoffe müssen u. U. modi-

Die Befürchtung taucht auf, dass Corona-Impfungen zu einer Dauereinrichtung in Jahresabständen werden können

fiziert werden. Die Befürchtung taucht auf, dass Corona-Impfungen zu einer Dauereinrichtung in Jahresabständen werden können. Ende letzten Jahres folgt die Zulassung in der EU, wozu es sonst Jahre brauchte. Die Infrastruktur für Massenimpfungen wird in gebotener Eile hergestellt, denn die "zweite Welle" rollt unaufhörlich, aktuell die dritte. In Deutschland - wegen der blauäugigen politischen Nachlässigkeit durch den infektionsarmen Sommer gepaart mit Nichtstun, was die Vorbereitung des Computer-gestützten Distanzlernens betrifft - schnel-

len die Todeszahlen von November bis April, also innerhalb von nur 6 Monaten, von ca. 10.000 auf fast 83.000 hoch.

Die Schule in der Pandemie

Seit Beginn der Pandemie klagt eine nicht unbedeutende Anzahl von Eltern und Alleinerziehenden in allen Medien über das Zusammenführen von Betreuung und Beschulung zuhause als eine große Belastung. Für viele ist sie nicht zu stemmen. Politiker, Ärzte, Psychologen und auch die Wirtschaft berufen sich darauf und fordern schon während des ersten Lockdowns eine schnelle Wiedereröffnung der Schulen und KITAs. Eine gehörige Portion Heuchelei steckt schon darin, wenn gerade Wirtschaft und Politik von Überlastung der Eltern sprechen. Die Politik hat den Niedriglohnsektor für Millionen möglich gemacht, auch für die u. a. von höchster Stelle als "Corona-Heldinnen" gelobten Kassiererinnen, die "buchstäblich den Laden

am Laufen" (Kanzlerin Merkel, TV-Ansprache v. 18.3.20) gehalten haben. Warum wurde eigentlich in der Öffentlichkeit - und selbst von den betroffenen Frauen - nie die Frage aufgeworfen, warum diese Tätigkeit, wie auch die des pädagogischen Personals, "systemrelevant" ist? Und damit unabdingbar ihr Dienst

Was herauskam: ein schnödes Lob für miserabel entlohnte Arbeit und eine erbärmliche Einmalzahlung

gefordert ist, auf die Gefahr einer Ansteckung mit gesundheitsschädigenden bis tödlichen Folgen. Wenn doch erwiesen ist, dass die Gefahr besonders hoch ist, wenn viele Menschen bei ihrer Tätigkeit in geschlossenen Räumen Kontakt haben. Was herauskam: ein schnödes Lob für miserabel entlohnte Arbeit und eine erbärmliche Einmalzahlung von den `Marktführern´ der Einzelhandelsketten. Und wer anders als diese Handelsriesen belastet die Beschäftigten mit eng getakteten Arbeitszeiten im Wechsel von Kassieren und Einsortieren? Die viel gefeierte Emanzipation der Frauen ist doch in den meisten Fällen dem Zwang geschuldet, dass beide Elternteile bei geringem Lohn und langen Arbeitszeiten ihren Lebensunterhalt verdienen müssen.

`Hü und Hott'!

In der Dauerdebatte mit aktueller Akzentuierung um die Präsenzschule kündigt der Ministerpräsident der Grünen aus Baden-Württemberg fast im gleichen Atemzug mit der Ansage der Kanzlerin, die Schulen bundesweit bis Mitte April geschlossen zu halten, das Gegenteil an in seinem Bundesland sollen "zum 1.2. die Grundschulen wieder vorsichtig öffnen". Anders bei den Unis, die sind ja sehr zügig geschlossen worden und schnell ins "distance learning" übergegangen. Dort wird die Infektionsgefahr akzeptiert, in den Schulen wird sie ziemlich bagatellisiert. Bei der Politik, der Wirtschaft und all den gehobenen Zeigefingern werden jetzt die schlimmen Folgen für die Schülerschaft laut beschworen. Ein kaum zu lösendes Problem bei den Schließungen dieser Institutionen entsteht, Eltern können ihrer Arbeit zwecks Geldverdienens nicht nachgehen, weil die Betreuung ausgesetzt ist. Großeltern können nicht einspringen, da sie zu den vulnerablen Gruppen zählen. Ein Desaster für viele durch weitere ökonomische Schäden, die den Menschen in der Normalität schon einiges abverlangte. Und das ist nicht darauf zurückzuführen, dass Menschen wirtschaften müssen, was in einer Pandemie ohne Marktwirtschaft sicher auch mit Problemen behaftet ist. Es ist auf die besondere ökonomische Verfasstheit dieser Gesellschaft zurückzuführen.

Hilfen für sozial schwache, bildungsferne Schichten!?

"Jetzt müssen so schnell wie möglich Förderprogramme aufgelegt werden, um insbesondere benachteiligte Schülerinnen und Schüler zu unterstützen und zu fördern." (M. Tepe, gew.de, 16.3.). Warum eigentlich erst jetzt? Sind die Schüler_innen, deren "Elternhäuser, nicht die notwendige Unterstützung bieten könn(t)en, in denen digitale Endgeräte fehl(t)en und der Wohnraum knapp bemessen" (M. Tepe) ist, nicht für eine beträchtliche Anzahl von Kolleg_innen ihr `täglich Brot´ seit Jahrzehnten? Auch die regelmäßig dargebotenen Statistiken im öffentlichen Raum skandalisieren die Eltern- und Kinderarmut. Hat es etwas bewirkt, nein, sonst würden ja jetzt nicht die Rufe nach mehr Unterstützung mal wieder laut vorgetragen.

Da wäre doch wohl ein dringliches Nachdenken anzustoßen, warum die Rufe zur Rückkehr in diese Normalität immer lauter werden. Was sind das für Zustände in dieser Gesellschaft, die einen Stillstand für einige Wochen oder Monate - bis auf die Produktion der allernötigsten Dinge des Bedarfs - nicht zulässt? Deren Normalzustand schon für Millionen ein dauerhafter Lebenskampf ist.

Unbekannt dürfte nicht sein, dass es immerhin nach 9 - 10 Schulbesuchsjahren "7,5 Millionen funktionelle Analphabeten" gibt, "Erwachsene deren Lese- und Schreibkompetenzen für eine volle berufliche, gesellschaftliche und politische Teilhabe nicht ausreichen" (kmk.org, 7.5.19).

Wenn jetzt davon die Rede ist, dass viele den "Kürzeren ziehen", heißt das ja auch, dass deren Kinder fast regelhaft wieder dort landen, wo sie dann als "sozial Schwache" und "Bildungsferne" kaum Aussicht auf "berufliche Teilhabe" haben. So bezeichnet die Sozialwissenschaft heute Arbeiterkinder.

Zur Ideologie der natürlichen Unterschiede ...

Diese Schule ist nicht freizusprechen von der Verantwortung für dieses Faktum. Sich auf die ideologische Verbrämung dieses Resultats des konkurrierenden Leistungslernens zu einer natürlichen Unterscheidung der Schüler_innen vorzuarbeiten - hat in der modernen pädagogischen Theorie immer noch seinen festen Platz. Das ist zynisch: den Grund für die Verteilung der Schüler_innen auf die unterschiedlichen Bildungsebenen als Werk der Natur auszugeben.

Natürlich gibt es Schüler_innen mit unterschiedlichen Lerntempi, einige lernen schneller, andere langsamer. Dann dauert das Lernen für Letztere eben länger. Aber eine Entscheidung, dass die Kinder, die langsamer lernen, von weiterer Bildung ausgeschlossen werden,

Natürlich gibt es Schüler_innen mit unterschiedlichen Lerntempi, einige lernen schneller, andere langsamer

spricht nicht für die Schule, in der die Schnelligkeit des Lernens als Kriterium der Auswahl gilt. Das ist die Leistung schulischer Sortierung und hat nichts mit einer natürlichen Eigenschaft der Schüler_innen zu tun!

Wenn jemand ein Musikinstrument aus eigenem Antrieb lernen will, wäre die Maßgabe absurd, es in einer vorgegebenen Zeit zu schaffen. Das Beispiel Fahrschule spricht für sich, wer langsamer lernt, braucht halt länger und damit mehr Fahrstunden, um sich mit Wissen und Fähigkeiten vertraut zu machen, die ihn am Straßenverkehr teilnehmen lassen.

... und das vermeintliche Kümmernis um die sozial Schwachen!

Aus aller Munde ist seit Corona zu vernehmen, wir haben uns mehr um die armen Kinder der Bildungsfernen, des Prekariats zu sorgen, die schulisch sonst noch mehr abgehängt werden als

bisher. Bekannt ist, dass im Kindesalter von 10 Jahren schon eine Scheidung des weiteren Bildungsweges nach dem Grundschulbesuch stattfindet. Eine Säule ist mit insgesamt 12 bis 13 Schuljahren Bildung ausgestattet, die andere mit nur mit 9 bis 10 Jahren. Es ist schon bitter, dass gerade die, die mehr Zeit zum Lernen brauchen, weniger erhalten.

Es ist schon bitter, dass gerade die, die mehr Zeit zum Lernen brauchen, weniger erhalten

An den genehmigten dürftigen 20 € (!) für Schutzmasken für Hartz-IV-Empfänger ist zu sehen, dass eine materielle Besserstellung dieser Kinder/Jugendlichen nicht intendiert ist. Auch der aktuelle Koalitionsstreit um armselige 100 € für bedürftige Familien verweist darauf. Klage geführt wird nicht nur von den Interessenverbänden, aber reicht das aus, damit die schulisch Abgehängten beim Heimunterricht aufgrund ihrer begrenzten Mittel sofort mit Laptop, Drucker und Internetzugang ausgestattet werden? So ist die dem Lernen abträgliche unzulängliche Wohnsituation mit fehlendem Arbeitsplatz - insgesamt unsicheren Lebensverhältnissen wie immer Gegenstand von Kritik, allerdings folgenlos!

Die Organisation des schulischen Lernens ist so eingerichtet, dass das *Mittel* das Lernen ist, welches dem *Zweck* dient, über das Leistungslernen in der Schulkonkurrenz, Schüler_innen zu selektieren. Hochbegabte, normal Gebildete und Lernschwache bis -unwillige (jedes Jahr an die hunderttausend Schulabbrecher_innen) kommen dabei heraus. Die Differenzen im Wissen werden durch größer werdende Lücken verstärkt, wer Grundlagen versäumt hat, kriegt die darauf aufbauende Wissensvermehrung nicht mehr mit. Störungen, Renitenz, Schul-

schwänzen und Lernblockaden sind die Folgen. An psychischem Druck mangelt es auch schon in der schulischen Grundversorgung nicht. Wer sich in der Schule nicht den geistigen Anforderungen jede Schulstunde aufs Neue mit gleicher Aufmerksamkeit und Durchhaltevermögen stellt, erhält bis zu 3 Jahren weniger Bildung. Das instrumentelle Verhältnis zum Lernen tut das Ihre, auf eigene Interessen kommt es doch höchstens mal in einer Projektwoche an.

Das hohe Gut der "Bildungsgerechtigkeit"

Auch unter dem Begriff der Chancengleichheit bekannt. Was ist das? Negativ ausgedrückt: es handelt sich nicht um entsprechende Bildung für alle! Stören sich die Rufer_innen nach Chancengerechtigkeit eigentlich gar nicht an den materiellen Notlagen der Familien? Die Verhältnisse von Armut sind - als Konsequenz der individuellen Anstrengungen in einer Konkurrenzgesellschaft - politisch gewollt. Die Schulpolitik versucht seit Langem in den Schulen die

eklatanten sozialen Unterschiede durch Frühund Sprachförderung etc. abzufedern. Untersuchungen belegen, dass Kinder aus bestimmten Schichten und Klassen nach der Schulbildung auch wieder dort landen, wo sie herkommen. Damit wird die Ungleichheit zementiert. Die Kinder aus gehobenen Schichten haben in ihrer Zeit vor der Schule schon ganz andere Bildungselemente über ihre Eltern vermittelt bekommen,

Untersuchungen belegen, dass Kinder aus bestimmten Schichten und Klassen nach der Schulbildung auch wieder dort landen, wo sie herkommen

verfügen also schon über Voraussetzungen, die sie nach der Grundschule für Höheres privilegieren. Der zynische Charakter dieses Ideals zeigt sich an der ewig unbefriedigenden Wirklichkeit. Mit den Notenunterschieden werden Unterschiede im Abschlusszeugnis hergestellt. Arbeiterkinder, das bestätigen die PISA-Studien, haben kaum Chancen zum Aufstieg. Die ökonomische Ungleichheit wird durch die Bildung reproduziert.

Der große Feldversuch

"Laut aktuellem Lagebericht (vom 25. April) gibt es bislang insgesamt 30 Beschäftigte aus Kitas, Kindertagespflege, Schulen und Heimen, die eine Infektion mit dem Coronavirus nicht überlebt haben - 793 kamen seit Beginn der Pandemie ins Krankenhaus" (news4teachers.de 26.4.21). Die Angst vor einer Infektion ist absolut verständlich, gerade wo die Mutation in England, die Deutschland mittlerweile erreicht hat, von Virologen als hochansteckend eingestuft wird und im Ursprungsland vermehrt Kinder und Jugendliche mit Covid im Krankenhaus behandelt werden müssen.

Fast über die gesamte bisherige Infektionsperiode vertrat die Politik in Gestalt der zuständigen Kultus- und Schulministerien, Standesorganisationen von Ärzten, Psychologen etc., der WHO, des RKI die Position, dass "Kinder seltener von einer Sars-CoV-2-Infektion betroffen

(sind) als Erwachsene." Vorgetragen wurde die These, dass das "angeborene Immunsystem bei Kindern das neue Coronavirus effizienter abwehrt als das … Immunsystem bei Erwachsenen" (tagesschau.de 20.5.). Wissenschaftlich begründet wurde sie nicht, die "Berliner Charité" kam nach einer "Laborauswertung" zum gegenteiligen Befund, "Kinder sind genauso" infektiös "wie Erwachsene". Es gibt also keine Entwarnung, da "keine nachweisbaren Unterschiede in der Viruslast" festzustellen ist, so der Virologe Drosten.

Weitere Studien haben das bestätigt, so die abgeschlossenen in Österreich und die in Bremen. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass die Frage nach Rechtfertigungsstudien aufgeworfen wird. Wenn Wissenschaftler heute Drittmittel einwerben, um in ihrer Karriere an den Instituten voranzukommen, ist es doch denkbar, dass die freie Wissenschaft schon mal Gegenteiliges herausfindet. Aktuelles Beispiel ist der grüne Ministerpräsident mit Nähe zur Automobilindustrie, der einen Virologen aus Tübingen befragt hat und sich die geringere Infektiosität von Grundschulkindern bestätigen ließ. Das bildete, bis am 27.1. der Ausbruch in einer KITA in seinem Ländle mit ca. 20 Infizierten, davon 2 mit der englischen Mutante, vermeldet wurde, die Grundlage für die vorzeitige beabsichtigte Öffnung der Grundschulen Anfang Februar und wurde deswegen am selben Tag noch zurückgezogen.

Die Eingangsaussage von Söder in der Überschrift und die folgende legen beredtes Zeugnis davon ab, wozu Schulen auch tauglich sein müssen: "Schule und Kita hat ja den Sinn und Zweck auch die Wirtschaft am Laufen zu halten." Wenn nun dazu die Fachleute aus Politik, Medizin und der Wirtschaft auf breiter Front den Verlust "sozialer Kompetenzen", von "Konzentrationsfähigkeit" und "Disziplin" beanstanden, wissen sie um noch eine wichtige Funktion der Schule, nämlich die der disziplinbildenden Charakterbildung des Nachwuchses. Bedauert wird jetzt, dass das schulische Lernen als Leistungskonkurrenz am heimischen Tisch nicht das Leistungslernen im Klassenraum ersetzen kann!

Die Sehnsucht der Menschen, schnell zurück zur "Normalität" zu gelangen, wie auch das dringliche Verlangen von Politik und Wirtschaft, das Wachstum der Wirtschaft muss wieder und noch mehr als vor Corona wachsen. Und so die abhängig Beschäftigten nach Existenzvernichtung (Entlassung oder Einkommensverlust) wie in jeder Krise z.Z. wieder ihre Rolle als abhängige Variable für die ökonomischen Berechnungen der Unternehmen ausfüllen können -

alles bis zur nächsten Krise. Wenn jede Lebensregung vom Wohnen bis zum Essen in der Pandemie gefährdet ist, den unbedingten Wunsch zurück zur "Normalität" des Alltäglichen hervorbringt, sollte da nicht einmal etwas Skepsis gepaart mit kritischer Distanz zu den bekannten Gewohnheiten angebracht sein?

Wo sind die wirksamen Aktionen der Lehrer_innen, die kraftvoll und massenhaft Stärke zeigen, um Maßnahmen durchzusetzen, sich nicht verheizen zu lassen?

Und was setzt die Interessenvertretung des pädagogischen Personals dagegen? Wo sind die wirksamen Aktionen der Lehrer_innen, die kraftvoll und massenhaft Stärke zeigen, um Maßnahmen durchzusetzen, sich nicht verheizen zu lassen? Klar sollte sein, wenn die Kolleg_innen mit ihrer Vertretung als fordernde Bittsteller auftreten, Briefe schreiben, Petitionen verfassen oder "Dienst nach Vorschrift" ankündigen, dass diese Mittel nicht ausreichen werden, weitere Schäden zu verhindern und die Möglichkeit eine lebensbedrohliche Situation - nicht nur für ältere Kolleg_innen und ihre Familien – zu verhindern.



Über den Autor

Frank Bernhardt (*1949) Ausbildung zum Industriekaufmann, dann Abschluss des Studiums zum VR-Lehrer, anschließend Junglehrer an einer Hamburger Förderschule, danach 1 Jahr nach der 2. Lehramtsprüfung Abschluss des Sonderpädagogischen Aufbaustudiums, mehrjährige Tätigkeit im Personalrat VR So und Schul-PR an einer Förderschule, ab 2015 im Ruhestand. Seit 1968 Mitglied in der IG Metall, danach bis dato in der GEW. Mehrere Veröffentlichungen in der Hamburger Lehrerzeitung (hlz), im Magazin AUSWEGE und im GEWerkschaftsMagazin.

Kontakt:

Bernhardt@alstersite.de